

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Abgaben und Expedition
Johannstraße 23.

Verantwortlicher Redacteur:
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.

Die in diesem Blatt enthaltenen
Mittheilungen sind für die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nicht-
regelmäßige Nummer bestimmten
Preise zu Wochenenden bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

Zu den Filialen für Zus.nahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Südliche Ecke, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementpreis vierteljährlich 6/4, halbjährlich 12/4, jährlich 24/4, incl. Frachtlohn 5 Pf., durch die Post bezogen 6 Pf. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Schließen für Extrablätter ohne Postbefreiung 35 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 5 gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriftarten laut unserem Preisverzeichnis - Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. - Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung proannuando oder durch Postnachschuß.

73. Jahrgang

№ 268.

Donnerstag den 25. September 1879.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:
daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft und, wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldebücher zu lösen haben.
In Erinnerung zu bringen, daß Bernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 Mark oder zeitlichem Arreste bestraft werden würden.
Leipzig, den 21. September 1879.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Räder, Dozent, 6

Bekanntmachung.

Die zum Umbau der Brücke über den Eismühlgraben in der Bestraße erforderlichen Eisencon-
structionen und Schlofferarbeiten sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbau-Verwaltung im
Nachhaus, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen werden, entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Eisenconstructions- und Schlofferarbeiten zum Umbau der Brücke“
versehen ebenfalls und zwar
bis zum 3. October i. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, den 23. September 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Richter.

Bekanntmachung.

Für die 7. Bürger- und 7. Bezirksschule sind je 800 zweijährige Schulbänke anzufertigen. Anschlag-
formulare und Bedingungen sind auf der Schulleitung zu erhalten und es sind die Gebote bis Montag
den 29. September Abends 6 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift „Schulbänke“ versehen daselbst
abzugeben.
Leipzig, den 23. September 1879.
Die Deputation des Raths.

Verhämmerung des Budgetrechtes.

Die um die Fahne der „Norddeutschen All-
gemeinen Zeitung“, der „Germania“ und anderer
seindlicher und ultramontaner Blätter und Blättern
geschickten Kampfer für eine ungeschickte Be-
wegung auf den Gebieten der Kirche, der Schule
und des öffentlichen Rechtes haben, wie münchlich
bekannt, die Parole ausgegeben: „Doppel-
verleumdung“ des Parlamentarismus. Daher geht denn
in diesem „Krieg“ schon seit langer Zeit mit be-
dauernswerther Konsequenz das gestiegene Wort „Zwei-
jährige Budgetperioden“ von Mund zu Mund.
So haben auch conservativ-bischofliche Capital-
besitzer zu schlagen versucht, daß in dem Wahl-
kampf der Nationalliberalen der Provinz
Hannover die Frage der Verlängerung der
Budgetperioden keine Erwähnung gefunden hat.
Man glaube daraus folgern zu dürfen, daß die
Reinigung der hannoverschen Nationalliberalen sich
eine derartige Reue nicht entgegenstelle.
Jetzt hat der Abg. Riquel, der Verfasser jenes
Wahlaufrufs, vor seinen Wählern in Osnabrück
eine Rede gehalten, welche auch über diesen Punkt
Ausspruch giebt. Herr Riquel geht von der An-
sicht aus, daß die Regierung sowohl in der ge-
planten Verlängerung der Legislaturperioden
wie in der Verlängerung der Budgetperioden nur ein
Mittel erblicke, die zu häufig wiederkehrende Auf-
regung der Wähler durch die Verhämmerung und die
Überlassung Deutschlands mit parlamentarischen
Schulden zu beseitigen. Der Anwendung des
ersten Mittels ist Riquel nicht abgeneigt. Da-
gegen äußert er sich über das zweite, die Ver-
längerung der Budgetperioden, nach dem ausführ-
lichen Berichte der „Osnabrücker Zeitung“ wie
folgt: „Es ist zunächst überflüssig, denn der Zweck,
der damit erreicht werden soll, läßt sich ein-
facher erreichen, ja er wird von selbst erreicht
werden, wenn Herr Bismarck seine übrigen Pläne
realisirt. Das, was die Dauer der Sessionen
am meisten verlängert, sind die Exkursreisen
des Centrums, die doch nur so lange dauern, als
nicht Frieden mit Rom geschlossen oder doch ein
modus vivendi gefunden ist. Bis dahin kann hier
auch im Wege der Geschäftsordnung geholfen
werden. Die Verlängerung der Budgetperioden
ist aber deshalb überflüssig und zwecklos, weil
nicht nur bei der Aufstellung des Budgets für zwei
Jahre infolge der Schwierigkeit, die Ereignisse
und Erfordernisse über ein Jahr hinweg auch nur
annähernd richtig zu taxiren, und infolge der
natürlichen Unmöglichkeit der Finanzminister, die
Einnahmen so gering, die Ausgaben so hoch wie
möglich zu veranschlagen, während die Abgeord-
neten zu der gegenseitigen Rechnung sich verpflichtet
fühlen werden, ein doppelter Rechenabstand nöthig
wäre, sondern weil auch die Rechnungsablegung
doppelt zeitraubend werden muß, da die langen
Verhandlungen sich dann an die einzelnen Posi-
tionen der Rechnung knüpfen würden. Gerade die
Unmöglichkeit, einen auch nur halbwegs genügenden
Vorschlag für das zweite Jahr aufzustellen,
macht aber auch — und das ist das Wichtigste —
die Maßregel der zweijährigen Budgetperioden zu
einer gefährlichen Sache für die Landesvertretung.
Bei der Unmöglichkeit, die Einnahmen aus Domänen,
fiscalischen Eisenbahnen, Forsten und Bergwerken
auch nur annähernd auf zwei Jahre voranzujagen,
und bei der Unmöglichkeit für die Landes-
vertretung, der Regierung eine zu niedrige Be-
messung dieser Einnahmen einerseits und anderer-
seits eine zu hohe Veranschlagung der Ausgaben
nachzuweisen, kann es die Landesvertretung nicht
verhindern, daß für das zweite Etatsjahr weit

über das Bedürfnis hinaus erhoben, weit über das
Bedürfnis hinaus ausgegeben wird, oder doch
wenigstens eine Anheftung von Geldmitteln ein-
tritt, die am besten in der Hand der Steuerzahler
bleiben. In beiden Fällen wird das Budget-
recht der Landesvertretung mehr oder
weniger illusorisch, da nachträglich unnötige
Ausgaben doch gebilligt werden müssen, wenn ein
Conflict vermieden werden soll, der ohnehin Nichts
nützt, da unnötig erhobene Abgaben ja doch einmal
erhoben sind. Bei dem Eifer, mit dem gerade
von derjenigen Seite, die am freigebigsten mit
Versprechungen ist, auf das Project der zwei-
jährigen Budgetperioden eingegangen wird, und
bei der Folge, welche die Durchführung dieses
Projectes auf das Budgetrecht und die Controle
der Landesvertretung hat, liegt die Vermuthung
nur allzu nahe, daß, wenn auch nicht von der
Regierung, doch von unseren politischen Gegnern
eine Verringerung der konstitutionellen
Rechte beabsichtigt wird.“ — Wir denken, das
wäre klar genug gesprochen. Herr Riquel ist
unter den Führern der nationalliberalen Partei
wohl derjenige, den die coalirten Gegner am
wenigsten einer oppositorien-tendenzigen Kritik der
Regierungsvorschläge beschuldigen werden. Um so
ernstere Beachtung dürfen seine obigen Ausfüh-
rungen in Anspruch nehmen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 24. September.

Telegraph und Zeitungscorrespondenz sind be-
strebend mit einer Geschäftigkeit ohne Gleichen auf
die Bedeutung der Anwesenheit des Fürsten
Bismarck in Wien hinzuweisen. Daß den
Officiellen dabei allerlei Menschliches passiert, darf
nicht Wunder nehmen, denn Tact und Umsicht,
Klugheit und Vorsicht sind Tugenden, die bei die-
sem Theile der Presse nur selten angetroffen
werden. So steht in Wien der offiziöse Hambur-
ger über die Conferenzen der dortigen Staatsmänner
mit dem Fürsten Bismarck in höchster Wäthe.
„Der dortige Pressleiter, Minister Tschernberg
— so schreibt man uns aus Berlin — läßt
sich ein mot d'ordre durch seine Angehörigen an
norddeutsche Journale gelangen, welches ein cha-
rakteristisches Zeichen für die herrschende Con-
fession abgibt. Es wird darin mitgetheilt, daß
kein Moment vorliege, welches die „Parallelsität
der Action Oesterreichs und Deutschlands“ fördern
könnte und daß keiner der beiden Staaten eine
jenseitige Einwirkung auf diese Action dulden
würde. Welche „Action“ überhaupt hier gemeint
ist, verschweigt das Wiener Preßorakel. Es meint
nur, daß diese Parallel-Action conservativ und
friedlich sei und kein Staat in Europa Grund
habe, durch die in Gesein begonnenen und in
Wien fortgesetzten Verhandlungen sich beunruhigt
zu fühlen. Ueberhaupt sei eine Störung der Inter-
essenharmonie beider Staaten von irgend einer Seite
völlig nicht zu befürchten. Fürst Bismarck soll nur
konstatirt haben, daß die russischen Versuche,
Frankreichs correcte Position zu alteriren, nicht
gelungen seien. Wenn diese Wiener officiösen In-
spirationen wahr wären, dann könnte die von hier
ausgehende Parole nicht richtig sein, monach die
Entente sich nicht gegen Rußland richten solle.
Was geht jedoch aus diesen officiösen Aus-
sagen hervor? Es stellt sich das Bedürfnis
heraus, Thatsachen zu verlässen, die in Peters-
burg und vielleicht auch in Paris un-
angenehm berühren könnten. Dabei gerathen aber
die halbamtlichen Hebern in das Dilemma, ent-
weder die Bedeutung abfälliger positiver Ab-

machungen abzuschwächen oder zu behaupten, daß
greifbare Abmachungen überhaupt nicht stattfinden
werden. Wir können auf Grund unserer verläß-
lichen Informationen nur wiederholen, daß die
preussische Diplomatie ihren Chef von Wien mit
Erfolgen zurückzuführen sieht, die den Formen ent-
sprechen, welche stets beobachtet werden, wenn
zwei oder mehrere Staaten sich bindende Ver-
pflichtungen auferlegen.“ So weit der Corre-
spondent.

Charakteristisch für die Bedeutung des Fürsten
Bismarck und für die rückhaltlose Anerkennung
derselben in Oesterreich-Ungarn ist wohl der
Besuch, den Kaiser Franz Josef dem deutschen
Staatsmann im „Hotel Imperial“ ab-
stattete. Ueber die daraus folgende Audienz ver-
lautet, Fürst Bismarck habe dem Kaiser eine Dar-
stellung der europäischen Situation gegeben. „Der
Kaiser habe bemerkt, Oesterreichs Politik werde
dieselbe bleiben, Andrássy habe des Kaisers
Politik gemacht, Haymerle werde dieselbe ver-
folgen. Der Kaiser habe seinerseits hohe Be-
friedigung über die Mittheilung geäußert, daß auf
der Conferenz zwischen Bismarck, Andrássy und
Haymerle sich das volle Einvernehmen zwischen
Deutschland und Oesterreich-Ungarn herausgestellt
habe, er habe auch nichts Anderes erwartet.“ In
diesem Sinne äußert sich ein Correspondent der
„Post.“ Unglaubliche Bestimmung hat der Wiener
Gewach in St. Petersburg hervorgebracht.
Ueber die drei Reichskanzler schreibt die
russische „St. Petersburger Rtg.“:

„Unsere Zeit ist durch den Umstand höchst mer-
kwürdig, daß man den Beziehungen der Kanzler
der drei Reichskanzler, des Fürsten Bismarck
und Gortschakoff und des Grafen An-
drássy, zu einander in Bezug auf den Gang
der internationalen Ereignisse an allen Orten
Europas eine so ungewöhnliche, nie dagewesene
Bedeutung beilegt. Selbst während der Zu-
sammenkunft der beiden Kaiser in Alexandrowo
sprach und schrieb man in Berlin, daß man dessen-
ungeachtet den Frieden so lange nicht als gesichert
betrachten könne, bis nicht die beiden Kanzler per-
sönlich zusammenkämen und einander die Hände
entgegenstreckten. Fürst Bismarck reist nach Wien
und logar die Wiener Blätter behaupten, daß er
zu einem Rendezvous mit dem Grafen Andrássy
kame, und daß von dieser Zusammenkunft der
Gang der nächsten Geschichte Oesterreichs abhänge.
Beide Kanzler machten auch dem Fürsten Gortschakoff
den Vorschlag, er möchte auf seiner Rückkehr
nach Rußland durch Wien reisen, damit auf so we-
nigste alle drei Kanzler in Wien zusammenkämen.
Die einige deutsche Blätter melden, daß Gortschakoff
diese Liebeswürde „Einladung aufgeschlagen.“
Wie einig das wahr sein, so hat er sich in höchstem
Grade verständlich gebunden. In seiner Gegenwart
oder ohne ihn betreiben Fürst Bismarck und Graf
Andrássy doch ihre Sachen, wie es ihnen gut
dünkt, und Fürst Gortschakoff würde bei ihrem
Rang an Aufrichtigkeit die Rolle eines
Menschen spielen, der dazu dient, dem Publikum
die Augen zu verbinden, welche Rolle sich doch
wahrlich für den Reichskanzler des mächtigen Ruß-
lands nicht schicken würde.“

Der nächste preussische Landtag wird nach
sehr verschiedenen Richtungen hin ein besonderes
Interesse in Anspruch nehmen. Abgesehen von der
neuen Parteigruppierung, so ist in dem jungen
Verfassungsgesetz Preussens der Fall noch nicht
begonnen, daß in den Reihen der aus Wahlen
hervorgegangenen Volkvertretung vier frühere
Minister Platz nehmen, die sich mehr oder weniger
in ausgeprägtem Gegensatz zu den Regierungst-
reuten gegenwärtig maßgebenden Ansichten befinden.
Einen Vergleich könnte nur die sog. Conflict-
periode darbieten, in der Graf Schwerin und
Baltow in wichtigen Fragen mit der liberalen
Partei, aus der sie ursprünglich hervorgegangen
waren, stimmten. Daß abgegangene preussische
Minister in ähnlicher Weise eine Führerrolle in
der Opposition einnehmen, wie in England und
anderen parlamentarisch regierten Ländern, ist
freilich nicht zu erwarten, am wenigsten von den
früheren Mitgliedern des Cabinets und demnach-
stigen Landtagsabgeordneten Graf Eulenburg I,
Fall, Friedenthal und Döbrect. Nur für
den Fall, daß die bisher geltenden Leiden im
preussischen Unterrichtsweisen von Seiten des neuen
Cultusministers einen ernstlichen Angriff erfahren
sollten, wäre von Fall zu hoffen, daß er ebenso wie
Delbrück im Reichstage sich seines bedrohten Beisitz
annähme. Ein Mandat zum Abgeordnetenhaus
hat Delbrück abgelegt, da er seine parlamen-
tarische Thätigkeit auf den Reichstag beschränken
will; Campauxen kann keine annehmen, da er
Mitglied des Herrenhauses ist. Daß er den
Sitzungen des letzteren in der bevorstehenden Ses-
sion beizuwohnen werde, wird übrigens, wie uns
heute gemeldet wird, von seinen Freunden noch
sehr in Zweifel gezogen.

Das liberale Bürgerthum wird von der
Berliner offiziellen Presse in einem Tone beoor-
mündet, der an die Jahre vom „beschränkten Unter-
thanenvertrage“ erinnert. So behauptet die „Nord-

deutsche Allgem. Zeitung“ das „liberale
Bürgerthum in Stadt und Land“ über den Ab-
grund, in welchen die „liberale Agitation“ es zu
verlocken trachtet. Daß das freiwillig-gouvernementale
Blatt sich ausdrücklich an das liberale
Bürgerthum wendet, ist gewiß recht interessant.
Nur hätte es aus der Thatsache des Fortbestehens
eines „liberalen Bürgerthums in Stadt und Land“
zugleich schließen können, wie wenig sein jetziger
Appell fruchten werde; denn, hätten die bestren-
den Kreise des Volkes auf die Rathschläge der
„N. N.“ gehört, so würde von einem „liberalen“
Bürgerthum längst nicht mehr die Rede sein
können. Im Uebrigen verweisen sich die in dem
fraglichen Artikel enthaltenen Verdächtigungen um
so weniger einer Widerlegung, als sie lediglich
Wiederholungen widersinniger und längst abge-
hauener Behauptungen sind. Nur Eines ist be-
merkenswert. Die „N. N.“ sagt, die Liberalen
würden im preussischen Landtage die neue Wirth-
schaftspolitik, in ihren verheißenen Wahlen unter-
graben und die wohlthätigen Konsequenzen bei Seite
zu schieben versuchen.“ Wächst sind nun die „ver-
heißenen Wirkungen“, die „wohlthätigen Conse-
quenzen“ der neuen Wirthschaftspolitik, um wie
es sich im preussischen Landtage überhaupt han-
deln kann? Jedermann denkt dabei in erster Linie und
muß in erster Linie denken an die dem preussischen
Volke in Aussicht gestellte Erleichterung der direkten
Steuerlast. Diese Erleichterung sollen also die
Liberalen nach der „N. N.“ zu hintertreiben
suchen. Dagegen heißt es in dem Wahlaufruf
der nationalliberalen Partei: „Jeder aus-
richtige Liberale hat die Veranschlagung, daß der
Bermehrung der Last indirecter Steuern, welche
jetzt (infolge der neuen Wirthschaftspolitik) eine
schlechte Thatsache ist, nach Weggabe der vor-
handenen Mittel eine Entlastung bezüglich der
direkten Steuern zu Gunsten der ärmeren und
mittleren Volksschichten, sowie eine Erleichterung
der durch Abwälzung staatlicher Abgaben über-
bürdeten Gemeindeverbände nachfolge.“ Angeficht
dieser Worte wird sich das liberale Bürgerthum
in Preußen selbst die Bezeichnung auswählen,
mit welcher es das Verfahren der „N. N.“
schmähen will.

An einer andern Stelle unseres heutigen Blattes
ist auf eine zu Osnabrück gehaltene Wahlrede
Riquel's hingewiesen. Wir citiren daraus die
beachtenswerthen Worte, die dieser bedeutende
Führer der nationalliberalen Partei am
Schlusse ausspricht: „Unsere Aufgabe ist uns klar
und bestimmt vorgezeichnet. Sie läßt sich zu-
sammenfassen in die Worte Einigkeit,
Richtigkeit und Wachsamkeit. Nur
die Einigkeit der liberalen Wähler in Stadt und
Land kann uns bewahren vor dem Verlaufe der
mühsam errungenen Güter. Nur diese Einigkeit
kann uns den Einfluß auf die Fortentwicklung
unserer gesetzlichen Institutionen sichern. Dieser
Einfluß wird aber nur dann ein vollständig ge-
sicherter und ausschlaggebender sein, wenn wir uns
durch unsere Bestrebungen und durch die maß-
losen Angriffe unserer Gegner jene Besonnen-
heit und Mäßigkeit nicht rauben lassen,
welche es allein ermöglicht, klar die Lage
zu erkennen und die rechten Wege zu wählen;
wenn wir uns nicht drängen lassen in eine grund-
sätzliche Opposition, welche die gefährliche Reaction
nur herbeiführen müßte, statt sie abzuwenden;
wenn wir ruhig und sachlich Alles prüfen, was
von Seiten der Regierung an uns herantritt,
das Förderliche fördern und nur dem,
was wir als unheilvoll erkennen, mit
der ganzen Kraft zielbewußter Männer
entgegenzutreten.“

Noch immer entbehrt der Reichstag eines
würdigen Parlaments-Balances von men-
turaler Größe und Bedeutung. Fast scheint es,
als sei das alte Berlin zu eng für das neue
Reich. Eine neue Version in dieser fast zur „Ge-
schlangez“ gewordenen Frage weidet uns unter
Berliner Correspondent: „Der Berliner Ra-
gistrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der
Anfrage des Ministers des Innern, Grafen Eulen-
burg, beschäftigen, ob er geneigt sei, für den Fall
der Errichtung des Reichstagsgebäudes auf
dem kleinen Königsplatz den Theil der Alsenstraße,
der diesen Platz durchschneidet, dem Reiche zu über-
lassen. Wie wir in Erfahrung bringen, ist ein
ansehnlicher Theil der Mitglieder des Magistrats
sowohl als der Stadtverordneten-Versammlung ge-
neigt, den betreffenden Stragentheil dem Reiche un-
entgeltlich zu überlassen. Dadurch würde endlich die
Möglichkeit gegeben sein, daß das Reich in den Besitz
eines monumentalen Reichstagsgebäudes käme. Der
kleine Königsplatz, auf dem der Parlamentsbau
nach diesem Project errichtet werden soll, befindet
sich der großen Siegesallee gegenüber und hat
eine Länge von 180 Meter und eine Breite von
150 Meter. Die Vorderfront des Reichstags-
gebäudes würde eine Länge von 140 Meter er-